

[Junger Wirtschaftsrat](#)

## Gründungs-Agenda 2020: Deutschland als Start-up-Standort etablieren

Junger Wirtschaftsrat  
im Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
Luisenstr. 44, 10117 Berlin  
Telefon: 0 30 / 240 87 - 212  
Telefax: 0 30 / 240 87 - 206  
E-Mail: [info@junger-wirtschaftsrat.de](mailto:info@junger-wirtschaftsrat.de)

*Die Gründung eines Start-ups ist riskant. Gründungen gehören jedoch zu den wichtigsten Wachstums- und Innovationsmotoren einer Volkswirtschaft. Laut einer gemeinsamen Studie des Wirtschaftsrates und der Boston Consulting Group werden lediglich ein bis zwei von zehn Technologie-Start-ups erfolgreich. Umso wichtiger ist es, für den im internationalen Vergleich bislang abgeschlagenen Start-up-Standort Deutschland, optimale Voraussetzungen zu bieten, sei es in Bezug auf die Ausbildung und Qualifikation von angehenden Gründern, rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen oder die Beschaffung von Investitionskapital. Gefordert sind hierbei nicht nur gesetzliche Regelungen, sondern eine breite Akzeptanz von Unternehmertum und eine Unterstützung von Unternehmensgründern durch die etablierten Industrieunternehmen.*

*Erfolgreiche Start-ups können zu positiven volkswirtschaftlichen Effekten führen, da über die Schaffung von Arbeitsplätzen und Steuerzahlungen Multiplikatoreffekte für die Wirtschaft entstehen. Darüber hinaus wird die Innovationskraft des Standorts gestärkt und ggf. siedeln sich weitere junge Unternehmen dieser Branche bzw. andere Start-ups – unter anderem zur Nutzung vorhandener Netzwerke – in der Region an.*

*Die rückläufige Zahl von Start-ups in Deutschland ist auch gesellschaftlich begründet. Es mangelt an Risikobereitschaft, Unternehmertum und einer Akzeptanz des Scheiterns. Die aktuelle Politik fördert den Mangel an Eigenverantwortung durch eine immer stärkere Regelungsflut, was eine große Anzahl potenzieller Gründer abschreckt. Dennoch gibt es in einigen Regionen Deutschlands auch schon eine aktive Start-ups-Szene, zum Beispiel in Berlin oder in Frankfurt für B2B-Start-ups, aber auch in Hamburg, Köln oder Düsseldorf.*

*Die bisherigen Einzelinitiativen zur Start-up-Förderungen haben nicht zum notwendigen Anstieg der Unternehmensgründungen in Deutschland geführt. Es liegt nun an der Bundesregierung in ihrem aktuellen Arbeitsprogramm, zum Beispiel zur digitalen Agenda oder zur weiteren Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie, eine Integration und damit eine umfassende Verbesserung der Rahmenbedingungen für Start-ups zu gestalten.*

*Für eine flächendeckende Steigerung der Gründungsbereitschaft werden im Folgenden vier Hauptforderungen an die Politik auf Bundes- und Landesebene, aber auch an die etablierte Industrie gestellt. Diese Forderungen sind für eine Stärkung der deutschen Start-up Szene unabdingbar. Ziel ist, mit einem richtungsweisenden Schritt Deutschland als international anerkannter Start-up-Standort zu etablieren.*

### 1. Ausbildung stärken, Investitionsbereitschaft erhöhen und Anreize zum Gründen schaffen

---

- Entrepreneurship und Programmieren als Schul-Pflichtfach, unterrichtet von Praktikern
- BWL für Start-ups und Kleinbetriebe in die Lehrpläne an Universitäten
- Verbesserung der Infrastruktur deutschlandweit auf 100Mbit

Nach Analysen des „Start-up Genome Project“ sind Gründer deutscher Start-ups durchschnittlich zwei Jahre jünger als im internationalen Vergleich der Topstandorte, was sich auch in den Qualifikationen widerspiegelt: Gründer in Deutschland verfügen nur zu 15 Prozent über einen weiterführenden Abschluss wie den Master oder einen Dokortitel, im Silicon Valley sind es 30 Prozent.

Des Weiteren liegen europäische Staaten laut des Verbandes der Computerwissenschaftler in Europa (ACM Europe) bei den IT-Fähigkeiten, insbesondere beim professionellen Umgang mit digitalen Medien und Programmierung, weit zurück. Die hochqualifizierten Fachkräfte werden von den großen Unternehmen mit guten Gehältern angeworben. In vielen Bereichen ist bereits ein „Diktat der Talente“ zu beobachten. Folglich fällt es vielen Start-ups in Deutschland schwer, geeignetes Personal zu rekrutieren.

Auffällig ist außerdem, dass sich lediglich sechs Prozent der deutschen Universitätsabsolventen nach dem Studium selbständig machen, fünf Prozent weniger als im internationalen Vergleich. Dies lässt sich vermutlich unter anderem durch den zu geringen Bezug auf Unternehmensgründungen innerhalb der Universitätslehrpläne und dem damit einhergehenden geringen Erfahrungslevel sowie Anreiz und Begeisterung erklären.

Eine zentrale Rolle zur Meinungsbildung über Unternehmertum kommt den Medien zu. Der Verantwortung, das Thema Unternehmertum in die Gesellschaft zu transportieren, sollten sich die Medien bewusst sein und durch eine positive Berichterstattung begleiten.

### **Forderungen:**

Um die Anzahl der Gründer deutlich zu steigern, muss innerhalb der verschiedenen Bildungseinrichtungen ein früher Kontakt zu erfahrenen Gründern, Unternehmern und Venture Capital-Gebern etabliert werden. So haben Studenten die Möglichkeit, Beratung in Anspruch zu nehmen, ein Initialnetzwerk aufzubauen und bereits früh Anreize zu erhalten.

Ebenfalls notwendig ist die Integration von Fragen zu Unternehmensgründungen innerhalb der Curricula der MINT-Studiengänge sowie die Veranstaltung geeigneter Seminare: Unternehmensgründung muss als Lehrinhalt in der Bildung verankert werden.

Um das oben genannte Erfahrungsdefizit bei IT-relevanten Themenbereichen aufzufangen, ist es erforderlich, die Infrastruktur in Schulen und Universitäten signifikant zu verbessern und bereits in der Schule relevante Fächer zu lehren, um einen frühestmöglichen Zugang zu ermöglichen. Auch die Vielfalt der Ausbildungsgänge in diesen Bereichen sollte deutlich vergrößert werden. In der BWL an Universitäten und Hochschulen sollten die Themen „Entrepreneurship“, „Leadership“ und „Führung kleiner und mittlerer Unternehmen“ zentrale Pflichtveranstaltungen werden. Damit erhalten die Studierenden eine gute theoretische Grundlage zum Aufbau und Leiten von Start-ups.

## **2. Gründungsprozess vereinfachen und Attraktivität des Standortes Deutschland verbessern**

---

- **Bürokratie vereinfachen und internationalisieren**
- **Zentrale Anlaufstellen für Start-ups**
- **Datenschutzbestimmungen internationalen Standards anpassen**

Deutschland ist der gefragteste nicht englischsprachige Standort weltweit für ausländische Hochschulabsolventen und Fachkräfte. Dies trifft allerdings nicht auf die Start-up-Branche zu, hier liegt Deutschland weit abgeschlagen hinter den internationalen Top-Standorten wie Tel Aviv und dem Silicon Valley. Ein Grund hierfür ist, dass die Exit-Erlöse Venture-Capital-finanzierter Start-ups in Deutschland weit unter denen der USA liegen, womit die Unternehmensgründung langfristig als nicht profitabel genug erscheint.

Weitaus wahrscheinlicher ist allerdings, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen, ein hoher Bürokratieaufwand sowie komplizierte Datenschutzbestimmungen Deutschland als Start-up-Standort unattraktiv wirken lassen.

Laut des Deutschen Startup Monitors, einer vom Bundesverband Deutsche Startups jährlich herausgegebenen Studie, sehen insgesamt 50,8 Prozent der Befragten das Datenschutzrecht als Hemmnis für die eigene Geschäftsentwicklung an, wobei davon sogar 29,8 Prozent dieses als schwer bzw. äußerst schwer zu überwinden betrachten (Quelle: Deutscher Startup Monitor 2014). Dies ist damit zu begründen, dass Unternehmen in frühen Phasen häufig noch nicht absehen können, welche Daten erhoben werden, dies aber im Voraus eingewilligt werden muss. Hierdurch entsteht eine hohe Innovations- und Wachstumshemmnis sowie ein signifikanter Standort- und Wettbewerbsnachteil für Start-ups in Deutschland (Quelle: Bundesverband Deutsche Startups e.V.).

### **Forderungen:**

Ein wichtiges Ziel muss sein, neben deutschen auch internationale Studierende über das Studium hinaus an Deutschland zu binden. Hierzu sollten Netzwerke von Universitäten mit der Industrie und Venture-Capital-Gebern geschaffen werden, um hieraus Multiplikatoreffekte zu generieren und Anreize zu schaffen. Dies wird potenzielle Gründer motivieren, über das Studium hinaus in Deutschland zu bleiben und hier Start-ups zu gründen.

Darüber hinaus muss der bürokratische Aufwand vor und während der Gründung, sowie bei der Liquidation eines Unternehmens deutlich reduziert werden. Hierzu bieten sich, nach amerikanischem Vorbild zentrale Informationsstellen, sogenannte One-Stop-Shops, als koordinierende Anlaufstellen, auch für etwaige Genehmigungsverfahren, an. Außerdem sollten Formulare und Dokumente in englischer Sprache und ausnahmslos digital zur Verfügung stehen und auch bearbeitet sowie eingereicht werden können (e-Government). Durch die Vereinfachung der Anerkennungsverfahren für ausländische Bildungsabschlüsse sollte Ausländern ein besserer Zugang ermöglicht werden.

Schließlich ist eine Vereinfachung und Lockerung der deutschen Datenschutzbestimmungen notwendig, um Rücksicht auf Start-ups, insbesondere in den frühen Gründungsphasen, zu nehmen. Diese absolut notwendigen Vereinfachungen müssen eingebettet sein in eine umfassende Deregulierungs-Initiative, in der sämtliche bürokratischen Hürden abgebaut und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Start-ups Standort Deutschland erreicht wird.

### **3. Finanzierungsmöglichkeiten schaffen und Förderinstrumente gezielt einsetzen**

---

- **Rahmenbedingungen zur Beschaffung von Investitionskapital auf internationale Standards anpassen**
- **Staatliche Mittel und Steuererleichterungen zu einer gezielten Förderung einsetzen**

Der Anteil von Venture-Capital-Finanzierungen in Deutschland liegt bei 0,021 Prozent, in den USA bei 0,17 und in Israel sogar bei 0,36 Prozent des BIP (Quelle: OECD). Gründe hierfür könnten zum einen die erschwerenden gesetzlichen Rahmenbedingungen sein oder die Tatsache, dass deutsche Start-ups gegebenenfalls nicht attraktiv genug sind. Letzteres wird auch ein möglicher Indikator dafür sein, dass die Anzahl von Business Angels erfahrene Mentoren für Start-ups in Deutschland signifikant geringer ist als beispielsweise in den USA.

Ein weiteres essenzielles Problem ist die teils schwierige Beschaffung von Krediten vor allem in der Wachstumsphase, da Banken das Risiko bei Start-ups häufig nicht einschätzen können. Hier geben laut des Deutschen Startup Monitors 2014 knapp 44 Prozent (Venture Capital 38 Prozent, Fördermittel 30,1 Prozent) aller befragten Gründer an, dass der erschwerte Zugang zu Bankkrediten ein schweres beziehungsweise äußerst schweres Hemmnis darstellt.

Ebenso monierten knapp 43 Prozent die fehlende Möglichkeit eines Börsenganges (Quelle: Deutscher Startup Monitor 2014). Förderprogramme hingegen sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht gründerfreundlich umgesetzt, da von Beantragung bis Mittelzugang eine zu lange Zeitspanne besteht.

In Bezug auf die gesetzlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen ist eine Vereinheitlichung und Vereinfachung für Start-ups notwendig, sowie die Schaffung von (insbesondere steuerlichen) Anreizen, um Deutschland als Investitionsstandort für Venture-Capital-Investoren und Business Angels attraktiver zu gestalten. Hierzu gehören zum einen die Ermöglichung verschiedener Exit-Optionen sowie die Vereinfachung der Vergabe von Unternehmensanteilen, um die allgemeine Attraktivität zu steigern. Andere Länder, wie z.B. Großbritannien, haben hier sehr kompetitive Lösungen gefunden.

#### **Forderungen:**

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen nachhaltig verbessert und vereinfacht werden, um Venture-Capital-Finanzierungen und das Involvement von Business Angels attraktiver zu gestalten. Hierzu müssen die Zielsetzungen des Koalitionsvertrages vorangetrieben werden, in welchem die Schaffung eines Venture-Capital-Gesetzes sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Venture-Capital-Finanzierungen festgeschrieben sind.

Zudem notwendig ist mehr Unterstützung zur Ermöglichung von Fremdkapitalfinanzierungen durch Banken. Zum Beispiel durch einen breiteren Informationsaustausch zur besseren Einschätzung der entstehenden Risiken. Außerdem sollten bereits bestehende Start-ups mit staatlichen Mitteln aus dem High-Tech-Gründerfonds mitfinanziert werden können.

Daneben sollten institutionelle Anleger, wie beispielsweise Versicherungen, über „garantiebasierte Förderinstrumente“ die Möglichkeit erhalten, in Start-ups zu investieren. Eine weitere Möglichkeit zur Kapitalbeschaffung bietet die

Implementierung eines separaten Segments an der Börse. Dies sollte von der Politik angestoßen werden.

Förderprogramme auf unterschiedlichen Ebenen müssen synchronisiert werden und die Förderung sollte sich dabei im Wesentlichen auf Steuererleichterungen und Abschreibungsmöglichkeiten konzentrieren (zum Beispiel „Invest“-Programm des BMWi).

#### **4. Etablierte Unternehmen zur Identifizierung und Förderung von Gründern einbinden**

---

- **Gründungsoffensive in den Unternehmen starten**
- **Mentorenschaft anbieten und Kooperation für neue Ideen starten**
- **Arbeitsplatzsicherheit bei einem Scheitern**

Die etablierten Unternehmen profitieren in einem erheblichen Maße von Unternehmensgründungen, da von ihnen Innovation und Wachstum ausgeht. Start-ups sind damit ein wichtiger Treiber für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.

Die ersten Großunternehmen haben diesen Umstand erkannt und eigene Inkubatoren eröffnet. Diese Maßnahmen sind aber bei Weitem noch nicht ausreichend. Vielmehr sollte es für große Unternehmen selbstverständlich sein, Gründer zu identifizieren und ggf. mit geeigneten Maßnahmen in der Startphase zu unterstützen.

#### **Forderungen:**

Eine Gründungsoffensive der deutschen Industrie sollte als Kampagne potenzielle Gründer identifizieren und in einem Wettbewerbsverfahren für eine Anschubfinanzierung auswählen. Eine von der Industrie finanzierte Kampagne hätte auch einen positiven Effekt in die Gesellschaft. Inkubatoren der Großunternehmen könnten einen wichtigen An Schub für Gründungen leisten.

Eine internationale Kampagne kann zudem Corporate Investors aus dem Ausland anlocken, in Deutschland zu investieren. Dies wäre auch eine starke Werbung für den Standort Deutschland.

Für bereits bestehende innovative Start-ups sollten große Unternehmen Beschaffungsbarrieren abbauen. Über eigens gebildete Unternehmensnetzwerke können die Gründer in Kontakt mit den Entscheidungsträgern in den großen Unternehmen kommen und damit Gelegenheit erhalten, ihre Produktideen zu platzieren.

Mit einer freiwilligen „Gründerzeit“ für potenzielle Gründer sollten große Unternehmen für eine bestimmte Zeit (z.B. 3 Jahre) eine Arbeitsplatzsicherheit garantieren. Die Gründer könnten im Falle eines Scheiterns wieder in ihr altes Arbeitsverhältnis eintreten. Dieses Modell analog zur Elternzeit würde das Risiko der Gründung minimieren.

#### **Fazit**

---

Die Auflistung der wichtigsten Forderungen verdeutlicht, dass zur Etablierung Deutschlands als Start-up-Standort die bisherigen Einzelmaßnahmen nicht ausreichen. Jetzt sind alle Beteiligten, von der Politik über Bildungsein-

richtungen bis hin zu den etablierten Unternehmen, gefordert, die Rahmenbedingungen für Gründungen zu verbessern. Nur wenn in der Gesellschaft wieder mehr Bereitschaft zur Übernahme von Eigenverantwortung und unternehmerischen Risiko entsteht, werden die Gründungen wieder zunehmen und damit für mehr Wachstum und Wohlstand in Deutschland sorgen.

Quellen:

- Bitkom
- Bundesverband Deutsche Startups e.V.
- Deutscher Start-up Monitor 2014
- Gruenderszene.de
- McKinsey & Company
- OECD
- The Boston Consulting Group und Wirtschaftsrat Deutschland: „Deutschland Start-up!: Vergleich des Start-up-Standortes Deutschland mit den USA und Israel (Berlin, November 2014)